

Anpassen und Untergehen : Beiträge zur Hochschulpolitik / Marek Neumann-Schönwetter, Alexander Renner, Ralph C. Wildner (Hg.). Mit Beitr. von Olaf Bartz – Marburg : BdWi-Verl., 1999 (Reihe Hochschule ; Bd. 1) ISBN 3-924684-84-7

Fotografien von: Josefine Ommer und Ralph C. Wildner

Umwelthinweis: Umschlag und Innenteil dieses Buches sind auf chlorfrei gebleichtem Zellstoff gedruckt

Verlag: BdWi-Verlag – Verlag des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) [VN 11351] Postfach 543 • D-35017 Marburg Gisselberger Str. 7 • D-35037 Marburg Tel. (06421) 2 13 95 • Fax 2 46 54

© BdWi-Verlag Marburg, 2. verb. Aufl. – Nachdruck Juli 1999 Alle Rechte vorbehalten Druck: difo-Druck, Bamberg

Preis: 19,80
ISBN 3-924684-84-7
BdWi-Verlag

Dieses Buch ist urheberrechtlich geschützt, jegliche, auch teilweise Nach- und / oder Abdrucke bzw. Vervielfältigungen oder sonstige Verwertungen des in diesem Band enthaltenen Textes sind ohne schriftliche Genehmigung des Verlages unzulässig. Die Rechte am Text in seiner Gesamtheit liegen ausschließlich beim Autor bzw. der Autorin oder bei den in den Quellenangaben genannten Personen, Verlagen oder Institutionen.

Inhaltsverzeichnis

vorwort:	7
anpassen und untergehen	7
Themen	9
SHABNAM MAKKINE/AD	
Innensicht eines Protests	15
RAINER GEISLER	
Mehr Bildungschancen, aber weniger Bildungsgerechtigkeit – ein Paradox der Bildungsexpansion	19
ERIK WECKEL	
Der Flaschenhals: Leistung – Was ist das eigentlich?	33
ROLF WEITKAMP	
Auf Diät gesetzt: Die Ausbildungsförderung. Die Entwicklung des BAföG und das Ringen um Alternativen	41
DIETER EISSEL	
Öffentliche Armut, privater Reichtum und der Stellenwert der Bildung in Deutschland	57
KLAUS KLEMM	
Vom Nutzen der Bildung	69
UTTE GIEBHARDT	
Gleichstellungspolitik an der Hochschule	77
JEAN-MARCEL DOSSOU, SADULLAH GÜLEÇ	
Standortnachteil: zu deutsch.	89
OLAF BARTZ	
Nicht nur sitzen, sondern auch stimmen: Studentische Mitbestimmung	101
ANDREAS KELLER	
Demokratisierung der Hochschule – Reform der Personalstruktur	115

JAN GROSSE NOBIS	
„Disziplinierung von Sozialbereichen“	
Anmerkungen zum politischen Mandat der verfaßten	
Studierendenschaften	123
PIA MAIER	
Hochschule und Gesellschaft	
Wie soll eine gesellschaftliche Kontrolle der Hochschulen funktionieren?	
Wozu ist sie gut?	133
VERA KLIER, ROLF WEITKAMP	
Keine Erfolgsgeschichte: Das Hochschulrahmengesetz	139
KATRIN MÜNCH, ALEXANDER RENNER	
Evaluation der Hochschulen: Schreckgespenst oder Chance?	155
THOMAS KRONENBERG, SIGRID SCHIEBER	
Über Gebühr belastet	
Argumente gegen Studiengedühren	167
MATTHIAS KÖRNER	
Betriebliche Berufsausbildung: Wo ist der goldene Boden?	179
TORSTEN BULTMANN	
Neue Hochschulsteuerungsmodelle als Instrumente der Entpolitisierung	
von Wissenschaft	185
RALPH C. WILDNER	
Eine Straßenparty im Winter '97	
oder: Haben Kuscheliere Zähne?	195
PETER GROTTLAN, TILMANN HELLER,	
DINO LAUFER, ANN-SOFIE SUSEN,	
ANNETTE WALLENTIN	
Spaßaktionen: angriffs-lustig?	
Von den Möglichkeiten des Jugendprotestes	209
Glossar & Aktivverz	217
Die Herausgeber	233

vorwort: anpassen und untergehen

Die Krise des bundesdeutschen Bildungssystems ist keine Folge aktueller Entwicklungen. Es war daher lange aufgestauter Unmut über noch länger verschleppte Mißstände, dem die Studierenden und SchülerInnen im Wintersemester '97/'98 Luft machen. Mit den größten Protesten seit '68 legten sie viele Wochen lang den Lehrbetrieb – und oft noch einiges mehr – lahm. Sie mobilisierten hundertausende zu Demonstrationen gegen Bundes- und Landesregierungen. Sie forderten Veränderungen. Was ist seitdem geschehen? Wer ist auf welche Forderungen eingegangen? Wo sind Lehre und Studium substanziell verbessert worden? Wer die Erfolge des „Lucky Streiks“ aufzählen will, kommt schnell zum Ende. Die Gründe für die Enttäuschung mögen vielschichtig sein; manche warfen den Protestierenden mangelnde „Radikalität“ vor. Schwerer wiegt allerdings die Kritik, sie seien konzeptlos gewesen. Tatsächlich, viel Zeit wurde mit der Analyse der Probleme, der Diskussion von Konzepten und Lösungsvorschlägen verbracht: In Ermangelung von Instant-Heilslehren – oder auch nur einer ausreichenden Zahl mit der Problematik vertrauter Studierender – mußte oft bei Null anfangen werden.

Einstiegshilfen gab es dabei wenige. Uns fiel auf, daß den meisten bislang zur Hochschulpolitik existierenden Texten allzu deutlich anzumerken ist, daß WissenschaftlerInnen über die Bedingungen für Wissenschaft reflektieren. Da kaum Texte zu finden sind, die allgemeinverständlich in lehr- und studienbezogene hochschulpolitische Fragestellungen einführen, bleibt das Misdiskutieren für viele Studierende (und auch andere Interessierte) oft schwierig. Hier will dieser Band Abhilfe schaffen, indem er mit kurzen und prägnanten Artikeln zu wichtigen Punkten den Einstieg in die Diskussion erleichtert.

Wichtig ist uns, daß neben Studierenden, ProfessorInnen und Angehörigen des Mittelbaus auch VertreterInnen von Verbänden und Interessengruppen zu Wort kommen. Wir hoffen somit auch zum Dialog zwischen den beteiligten Gruppen beizutragen. Durch das Ergebnis der Bundestagswahl hat sich das Klima, in dem die Diskussion über die Zukunft der Hochschulen stattfindet, verändert. Die Probleme aber bleiben die selben. Die neue Bundesregierung wird sich an ihrem Beitrag zu deren Lösung messen lassen müssen.

OEHLER, CHRISTOPH (1989): *Hochschulentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945*, Frankfurt a.M. 1989

Wissenschaftsrat (1993), 10 Thesen zur Hochschulpolitik (Köln)

zitierte Zeitungen/Zeitschriften (Erläuterungen):

DUZ: Deutsche Universitätszeitung (Bonn)

Forschung & Lehre: Monatszeitschrift des Deutschen Hochschulverbandes

Forum Wissenschaft: hrsg. vom BdWi-Bundesvorstand (Marburg)

RALPH C. WILDNER

Eine Straßenparty im Winter '97 oder: Haben Kuscheltiere Zähne?

„Politik hat darüber zu wachen, daß Menschen
menschwürdig leben können.“¹

Als im Herbst 1997 die Studierenden, wenig später auch SchülerInnen, ihre maroden Lernfabriken dichtmachen und auf die Straße gingen, reagierte die Öffentlichkeit zunächst einmal verblüfft, dann verständnisvoll. Als die Proteste jedoch andauerten, wurde Kritik laut an ihren Zielen wie an ihren Protestformen. Dabei kam die heftigste Kritik von denen, die man dem Alter nach in die „68er-Generation“, politisch ins Oppositions-Lager einordnen wollte: Der Protest sei unpolitisch und berge gar reaktionäre Elemente in seiner Mitte. Die Regierung dagegen wiegelte ab, spielte Verständnis und unternahm sogar den Versuch, den Strom auf die eigenen Mühlen zu lenken. Daraufhin versporteten andere den Protest, der dieses zielf., als „Revolution der Kuscheltiere“. Wer aber war da überhaupt auf der Straße? Was wollten sie da? Gegen wen wandten sie sich, wie taten sie das und was konnten sie erreichen?

1. wer?

„Kohls Kinder“ (nuz 17.11.) „Kohls unartige Kinder“ (FR 21.11.) „Kohls Kinder wehren sich“ (DUZ 23/97)

Wer war das revolutionäre Subjekt 1997? Die Auslöser des Protests in Gießen waren Pädagogik-ErstsemesterInnen, nicht gerade das, was Erinnerungen an geschulte Revolutionskader hervorruft. Auch in der Folge war die „breite Masse“ Trägerin des Streiks, 800 000 insgesamt, wie die FR (15.1.98) zählte. Einmal durfte Kanzler Kohl in vollem Umfang Recht gegeben werden. Sagte er doch (am Vortrag der ersten

¹ Erhard Eppler: Die Wiederkehr der Politik, Frankfurt/Main 1998

bundesweiten Studierenden-Demonstration in Bonn am 27.11.): „Die Studenten, die jetzt demonstrieren, sind ganz normale junge Leute. Das ist eine Generation, die unsere Sympathien und unser Vertrauen verdient.“ Doch, auch wenn er es nicht wissen wollte, der Protest war Ausdruck dafür, daß er und die anderen Sympathisender eben nicht mehr das Vertrauen dieser Generation genossen. Spätestens die „Kohl muß weg“-Chöre an jenem Novemberabend im Bonner Hofgarten sollten ihm das nahe gebracht haben. Es waren ganz normale junge Menschen mit einem persönlich akut betreffenden Problem. Die meisten von ihnen ohne großartige sozialpolitische Visionen, was wohl auch daran lag, daß sie ihre politische Sozialisation in 16 endlosen Jahren „blühender“ Aufschwunglandschaften durchlitten haben – kein fruchtbarer Acker für große Ideen. Es waren, und hier ist eine wichtige Abgrenzung zu „den 68ern“ zu sehen, auch keine unwohlgelesenen Jungakademiker, die sich, mit Recht zuversichtlich auf eine gesicherte Karriere ausblickend, den Luxus leisteten das Studium zu unterbrechen um gesellschaftsphilosophischer Diskurse willen. Zwar kommen die „97er“ in ihrer Mehrheit noch immer aus den privilegierten Schichten der Gesellschaft (wie auch R. Geißler in diesem Band darlegt). Das gilt auch für die, die sich am Protest beteiligten. Die wenigen, die wirklich aus materiell bedrängten Verhältnissen stammen, sind zwischen BaFöG-Amt, Schein-Anforderungen und Job so aufgerieben, daß sie für Projekte ohne greifbare Erfolgsaussichten keine Nerven haben. Bleiben also jene Privilegierten, denen der Frankfurter Soziologe Karl-Otto Hondrich unterstellt: „Wenn sie (die Kinder der Ärzte, Beamten, Unternehmer...) mehr Geld für Bildung fordern, sind sie gute Kinder. Sie schonen den Beutel ihrer Eltern und fordern das Geld vom Kollektiv.“ (FR 13.12; auch NZZ 31.12.) Ohne an dieser Stelle näher auf diese leicht kurzichtige These einzugehen², selbst diese Privilegierten – unter objektiv unzumutbaren Studienbedingungen leiden ja auch sie – glauben, düstere Aussichten zu haben. Sie werden sich schlecht vorbereitet einer harschen Konkurrenz um knapper werdende Positionen stellen müssen, und für die meisten von ihnen wird es schwierig sein, den Lebensstandard ihrer erfolgreichen Eltern zu erreichen. Das ist, von hohem Niveau aus, aber dennoch, sozialer Abstieg. Eine andere Perspektive als vor 30 Jahren.

2 ... oder Sinn und Unsinn von Studiengebühren zu diskutieren – hierzu der Artikel von Kronenberg / Schieber in diesem Band.

2. wie?

zahn:

Die Grundstimmung der Proteste war also nicht die selbstbewußter Rebellen, sondern das Bitten einer verunsicherten Jugend an die Ältern: bitte, nehmt uns mit, vergesst uns nicht. Genau das Gegenteil eines Arbeitskampfes gegen den fleischen Ausbeuter. Also kein „Streik“ (allein die FAZ kämpft, den Streik mit Gänsefüßchen garnierend, unbewußt für die Reinheit des Begriffs). In der NZZ erklärt ihnen Georg Brandt (31.1.98), warum sie damit recht haben: Die Studierenden traten nicht in den „Streik“, sondern protestierten gegen ihre Ausspernung durch unzureichende Rahmenbedingungen; die folgerichtige Reaktion war, daß sie Institute besetzten: Sit-in statt Aus-stand.

Damit ist die Richtung ihres Protests beschrieben: in die Gesellschaft hinein. Sie sondernten sich nicht ab, sondern demonstrieren den Willen dazugehören. Öffentliche Vorlesungen in den Innenstädten und jahrmärktartige Vorführungen wissenschaftlicher Erkenntnisse sollten den Wert der Wissenschaft greifbar machen, um Wertschätzung zu werden. Dem entsprach die Präsentation des Protests: Das kaum abgewandelte Zigarettenlogo als Motto des Streiks, die der Fernsehwerbung nachempfundenen Transparente; eingängige, etwas flache Parolen wie „Seminarleiter statt Eurofighter“. Dem entsprach ein Streik-Chor, der Kantaren trällerte, eine kollektive Bluspende für die Hochschulefinanzien, ein fröhliches „Baden für Bildung“ oder auch ein koketter Strip auf dem Marktplatz. (z.B. FR 20.11./GAZ 27.11./GA 11.12./Spiegel 15.12.)

Als klar wurde, daß nicht mit brennenden Autos und Verlagshäusern zu rechnen war, wurde der Protest als „zahn“ belächelt, als „Aufstand der Kuscheltiere“ (Bernd Graff, SZ 29.11., über die „smarten Profis des Protests“) verniedlicht; „höflicher Protest“ (OP 7.11.) oder „sanfte Rebellen“ (Woche 5.12.) rundeten das Bild ab. Daß Kanzler und Bildungsminister die Studierenden umarmten, wurde offenbar im Umkehrschluß als Loyalitätsbezeugung der Studierenden gedeutet: Kohl, Rütters und Westerwelle würden doch niemandem ihre Zuneigung erklären (z.B. FR 22./27.11.), der grundsätzlich gegen sie ist...oder?

Die Lage änderte sich nicht grundlegend, als die Protestierenden, die sich verschaukelt fühlten, dem Kanzler ihren berechtigten Unmut „persönlich“ aussprechen wollten. Wie wenige Monate zuvor die Bergarbeiter, versuchten über 1000 Studierende am 18. 12., am Rande der zweiten bundesweiten Demonstration, in die Bonner Bannmühle einzudringen. Auch das eine Geste des Dazugehören-Wollens: Sie versuchten, die erfolgreiche und in der Öffentlichkeit positiv aufgenommene, gleichsam erlaubte, gewaltfreie Regelverletzung zu kopieren. Als sie erfahren mußten, daß die Staatsmacht schmerzhaft mit den Muskeln ihres Repressionsap-

parates spielte, sich aber keinerlei „Erfolg“ einstellen wollte, gaben sie auch diesen zaghaften Schritt in die „Illegalität“ wieder auf. Sie resignierten vor Wasserwerfern und berittener Polizei mit Schlagpeitschen, aber auch vor der eigenen Demonstrationseile, die sich eifrig distanzierende (s. taz 23.12.). Polizei und Printmedien taten ein übriges, um die Störenfriede als „500 gewaltbereite Autonome“ (dpa) oder „professionelle Randalierer aus der Frankfurter Szene“ (GAZ 19.12.) von den „braven“ Studierenden zu isolieren.³ Für die meisten der „Lucky-StreikerInnen“ war es wahrscheinlich die erste unmittelbare Erfahrung staatlicher Gewalt – ein möglicherweise identitätsstiftendes Moment.

Anderer nicht wirklich legale Aktionen wie Gleisbesetzungen oder Straßenblockaden brachten zwar Medienecho, provozierten aber keine heftigen Reaktionen: Die Polizei war in der Regel um Eskalation bemüht und griff höchstens am Rande „Störer“ ab. Die AutofahrerInnen verhielten sich duldsam wie Studierende im Hörsaal... Schon bald beschäftigten sich nur noch die Mühlen der Justiz, emotionlos, mit vereinzelter Gleis- und StraßenblockiererInnen. Keine Provokation also, kein Widerstand, der lohnende Ziele geboten hätte. Die Studierenden wurden mit ihrer Suche nach Orientierung allein gelassen. Ihnen stellte sich ein viel schwierigeres Problem: das Entwickeln von Ideen in internen Debatten, ohne Druck von außen, ohne VordenkerInnen. Das machte wohl keine Lust auf Straßenkampf.

unorganisiert:

Das SZ-Jugendmagazin „jetzt“ titelte am 2.3.98 „Warum ist der Streik gescheitert? – Anna weiß es.“ Allein, daß Anna es auch nicht so genau weiß, oder, wenn sie es weiß, man sie es nicht sagen läßt. Nur, daß der Enthusiasmus schnell verflohen sei und die Vielfalt der Vorstellungen die Diskussionen über Gebühr in die Länge gezogen hätten, erfahren wir. Anna streht offenbar für viele, die mit den großen Freiheiten des Vorlesungsboykotts so ihre Schwierigkeiten hatten. Der vielköpfige Protest hatte keinen (Wort-)FührerIn. Die basisdemokratische Diskussion im Plenum als lebendiger Versuch, sich einem herrschaftsfreien Diskurs anzunähern – traumhaft. Nur hatten die Streikenden damit verständlicherweise wenig Erfahrung, wober auch. Der Freiraum, ihre Realität zu gestalten, muß sie daher verwirrt haben. Menschen, denen zwanzig Jahre lang ergebnisorientiertes Vorgehen unter Effizienzkriterien antrainiert worden ist und die einen überwiegend autoritär strukturierten Schulunterricht „genossen“ haben, werden nicht aus dem Stand zu Profis

der konsensorientierten Diskussion. Erfreulich genug, daß sie es versucht haben. Vielleicht muß einfach öfter gestreikt werden, um ein hohes Bildungsziel zu erreichen: zu lernen, die gewonnenen Freiräume mit anarchistisch-fröhlicher Kreativität zu füllen.

Nötig wäre allerdings eine funktionierende Informationsstruktur gewesen. Wie „hilfreich“ in dieser Hinsicht der einzige bundesweite studentische Dachverband, fzs⁴, war, ist beispielhaft daran zu sehen, daß er Ende November an der größten studentischen Demonstration in Bonn seit seinem Bestehen nicht teilnehmen konnte. Die Führungsetage hielt gerade eine Mitgliederversammlung in Wilhelmshaven ab und konnte nur zwei StellvertreterInnen entsenden, um eine vorwörtliche Entschuldigung zu verlesen: Die zweiwöchige Vorlaufzeit der Demo sei zu kurz gewesen, die Versammlung zu verlegen. Doppelte Ironie: Der fzs hat seinen Sitz in Bonn. Doch auch grundsätzlich ist das Organisationsmodell einer ständigen bundesweiten Vertretung, einer Art Super-ASStA, angreifbar: Es kann zwar den Zweck erfüllen, für Presse und politische Arbeit bekannte, kompetente Gesichter zur Verfügung zu halten; doch groß ist die Gefahr, daß sich die Struktur bürokratisiert, während der Kontakt zur realen Welt schwächer wird.⁵ Wichtiger wäre es, die Kommunikation unter den hundertten sowie so – mehr oder weniger effektiv – arbeitenden Studierendenvertretungen herzustellen. Vielversprechende Ansätze hierzu waren das Projekt einer „Bundesnetzungsstelle“ in der Uni Frankfurt oder die Idee einer studentischen Presseagentur in Berlin. Leider war der Streik schon vorbei, bevor diese Konzepte sich bewähren konnten. Das ungereimte Internet hingegen hat seinem Ruf als Informationsmüllmaschine alle Ehre gemacht: Allein im mail-account des Gießener Uni-ASStA liefen – in den Spitzenzeiten – bis zu 20 mails pro Stunde ein. Nur redaktionell bearbeitete Angebote – die homepages oder Presseschauen einzelner ASSten – waren als „Hyper-Wandzeitungen“ brauchbar.⁶

Hilfreich zur intellektuellen Strukturierung des Protests wären vielleicht kompetente VordenkerInnen gewesen, Leute, die viele Jahre von Berufs wegen (im Auftrag und auf Rechnung der Gesellschaft) darauf verwendet haben, Gedanken zu entwickeln, – sei es zu Philosophie, Politik, Gesellschafts-, Markt- oder Medien-

4 siehe Glossar

5 Auf einer Streik-Folge-Tagung am 1.3. – 15.2.98 in der Uni Gießen sorgte dieses Thema für eine heftige Kontroverse. Einen wertvollen Beitrag dazu konnten Studierende aus Österreich leisten, wo die Österreicherische HochschülerInnenenschaft (ÖH) eine Art Bundes-ASStA mit Sitz in Wien bildet. Überflüssig zu berichten, daß die Wiener voll des Lobes waren, während die Provinzstudis sich signifikant zurückhaltender äußerten.

6 sie sind zum großen Teil noch verfügbar; Zugang z. B. über <http://www.stud.uni-giessen.de/asta/protest/links.htm>; für die Zeit vom 1.–27.11. auch die GA-Streikseite: http://anzeiger.net/freeway/owa/such.ausgabe?art_id=3628922

3 Aufschlußreich ist der Vergleich von dpa- und Polizeimeldungen mit anderen Agenturnmeldungen und Korrespondentenberichten: in taz und junger Welt finden sich in der Folgewoche detaillierte AugenzeugInnenberichte.

wissenschaften. Aber die ProfessorInnen waren ja selber im Streik, schon viel früher als die Studierenden, im Aussitzstreik, wie die PolitikerInnen. (vgl. Zeit 28.11., s.u.) Wer auf die NachfolgerInnen von Adorno, Horkheimer und Bloch hoffte, wartete vergeblich.

mehlengeil:

Die Bedeutung der Medien für den 97er-Streik war enorm. Schon wegen der oben beschriebenen Probleme waren bundesweite Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen wichtige Informationsquellen der streikenden Hochschulen übereinander. Ausschnitte aus den Fernsachrichten, die vor Vollversammlungen gezeigt wurden, waren ebenso sehr Rückmeldungen über die eigene Bewegung wie bloße Information über die Miststreikenden. Was öffentlich war, war real; was nicht publiziert wurde, war nicht gewesen und blieb mitunter schon im Nachbarinstitut unbekannt. Eine protobanale Feststellung im Medienzeitalter. Bemerkenswert dennoch, mit welcher Konsequenz Aktionen allein für die Bildmedien geplant und, inhaltlich abgespeckt, für den Häpchenjournalismus zubereitet wurden; so zum Beispiel der Kasseler Marktplatzstrip oder die diversen Bildungsbadeveranstaltungen (s.o.). In Ermangelung eines greifbaren (politischen) Gegners übernahmen die Medien in dem extrovertierten Spaßprotest die Rolle der AdressatInnen. Medienkonformes Verhalten belohnten sie mit Sendezeit und Seiten, förderten dadurch die Ausbreitung des Streiks – und holten sich dafür wieder viele bunte, banale Stories ab. Fundamentalopposition bekam keine mediale Plattform: „Wer radikal ist, wer den Common sense in Frage stellt, bleibt außen vor.“ Erfolg: „Ja, sie haben recht!“ kommentierte die Bildzeitung euphorisch. (A. Fritsche / P. Köster, DUZ 23/97) Womit recht? Unwichtig. Der Pakt mit den bürgerlichen Medien hat den Protest groß gemacht. Der hat dafür mit seiner Seele bezahlt.

Am Echo in den Medien wurde der Erfolg oder Mißerfolg der Aktionen gemessen. Auf die tatsächlich vermittelten Inhalte hatten die Streikenden, wie sie zu spät enttäuscht feststellen, dabei so gut wie keinen Einfluß. Mit wenigen Ausnahmen, etwa dem „taz hörtsaal“, einer täglichen Debattecke für Studierende, oder der *Jungle World*, die den Studierenden im redaktionellen Teil Platz für eine Diskussion über den Streik gab (3.12.), konnten die AkteurInnen nur mit Glück ihre eigenen Positionen in den drei-Satz-Interviews, den Profi-Kommentaren und den „Lebensechten“ Reportagen wiederfinden.⁷ Zu gut wußten die Berichtenden, wie der Protest eigentlich aussehen mußte: „Streik muß weh tun“, „Sprengt die Macht der Strukturen!“ (taz 3./15.12.); „Seid radikal!“, „Seid visionär!“ fordert die

7

... wie es auch der Autor dieses Artikels beispielhaft vor Augen geführt bekam, als er am 2.12. die SZ aufschlug

Zeit (28.11.). Spiegel, Welt und FAZ finden es ganz in Ordnung, daß es einen Protest gibt, kennen aber die richtigen und sinnvollen Forderungen besser als die Protestierenden selbst: Studiengeldern, Marktkompatibilität, Deregulierung... (s.u.) Nach allzuviel journalistischer Eigendynamik mußte dann gelegentlich mal wieder klargestellt werden: „Es geht um mehr Demokratie.“ (taz hörtsaal, 2.12.)⁸

politisch:

Sie seien „unpolitisch“ gewesen, wurden die Streikenden kritisiert. Aber muß man ein ausgearbeitetes Manifest über die Rettung der Welgesellschaft in der Tasche haben, um als „politisch“ zu gelten? Die Studierenden und SchülerInnen gingen auf die Straße, um auf ihren Mißstand aufmerksam zu machen, sie demonstrieren öffentlich für ihre Forderungen, suchten die Auseinandersetzung mit Politikern und Öffentlichkeit und entwickelten eigene Alternativkonzepte. Und: Eine ihrer zentralen Forderungen war die nach mehr demokratischen Mitspracherechten in ihren Bildungseinrichtungen! Gibt es ein politisches Verhalten? Und warum sollten der Protest der Kohlekumpel und die Debatte um Energiesubventionen „politisch“ sein, die Frage nach der Finanzierung der Schul- und Hochschulbildung für alle aber nicht?

Sicher, der Protest hatte seine Ursache in ungerechtem Unmut über katastrophale Lernbedingungen. Andere Proteste entzündeten sich am Brotpreis. Auf jeden Fall aber wurde das Streiksemester zu einem gigantischen Praxis-Seminar in angewandter Gesellschaftspolitik. Haunah erlebten die „Unpolitischen“, wie Bundes- und Landespolitiker das Verantwortlichkeits-Pingpong bis zur Lächerlichkeit spielen, wie am Ende alle über die Misere klagen, an der immer der/die andere Schuld sei. (zuerst GA / GAZ / FR vom 7.11.) Wie vor den Kopf geschlagen waren sie, als sie von überall her nur Zustimmung erhielten. „Marcuse...“ sagte der Frankfurter Staatsrechtler Erhard Denninger, hätte dies unter „repressiver Toleranz des Staates“ subsumiert. Für Denninger selbst signalisieren die heuchlerischen Grußadressen der Politiker aller Couleur eher „das Ende der Politik.“ (FR, 28.11.) Einer solchen Bankrotterklärung folgte aber keineswegs die Liquidierung des abgewirtschafteten Unternehmens (der „Deutschland AG“ gar?), sondern stures Weitermachen wie gehabt. So mußte C. Füller am 14.2.98 in der taz unter dem Titel „Schnellkurs in Bonner Politik“ kommentieren: „Es gab dreimal die Möglichkeit, Impulse aufzunehmen: beim 98er Eiar, bei BaFöG und HRG. Dreimal hat die Regierungskoalition gezeigt, wieviel für sie der Wille des Volkes zählt. Nichts.“

8

von der Fachschaft Sozialwissenschaften der Ossietzky-Uni Oldenburg

Beispielhaft zeigt sich dies an der Äußerung des baden-württembergischen Finanzministers Gerhard Mayer-Vorfelder, die Streiks seien „eine nicht zu überbietende Beleidigung all derer, die mit ihren Steuern und Abgaben jeden einzelnen Studienplatz in der Bundesrepublik finanzieren“ und „der Beleg dafür, daß die angebliche künftige Elite des Landes bis heute nicht kapiert, was die Stunde geschlagen hat.“ (FR, 1.12.) Ob auch er lieber ohne Ärger ruhig weiterwursteln wollte, ohne Debatten um Reformen oder Verteilung von Geldern zu führen? Das ungefähr muß es sein, worüber Roger de Weck in der Zeit vom 28.11. schimpft: „Die Bewegung der Studenten wendet sich gegen Regierungen im Bund und in den Ländern, die nicht handeln... Im Grunde streiken nicht die Studenten, sondern die Politiker.“ Er fordert konsequent: „Schluß mit dem Gerede, die Streiks an den Hochschulen seien ‚unpolitisch!‘“ Denn „nichts ist so politisch wie ein Streik. Zumal in der Späthase der Ära Kohl, deren herausstechendes Merkmal die große Schläfrigkeit ist... Hier artikuliert sich Widerstand gegen eine Politik, die das steuerliche Fundament des Staates zu Gunsten privater Bereicherung vertrotten läßt.“ (H.-U. Jörges, Woche 5.12.) Selbst der Spiegel (48/97) findet in der Bewegung einen Funken fundamentale Gesellschaftskritik: „Doch wenn es um... die Anforderungen des Marktes geht, entwickeln auch die Kinder der 68er schnell wieder die alten antikapitalistischen Ressentiments.“ Das soll diskreditieren – aber man muß nicht unbedingt „Linksruck“-Abonnementn sein, um einzustimmen: Na denn „Vorwärts! Und nicht vergessen...!“ (LR 27.11.) Versuchen wir also, den Charakter des Streiks mit ein wenig Abstand klarer zu erfassen. Die New York Times hilft hierbei mit einem Artikel vom 28.11.:

Die Proteste am Donnerstag,... waren das jüngste Echo einer tiefgreifenderen Krise in Deutschland – Europas größter Wirtschaft – das darum kämpft, einen aufgeblassenen Wohlfahrtsstaat zurückzuschneiden, um sich den Herausforderungen der wirtschaftlichen Globalisierung und den europäischen Plänen für eine gemeinsame Währung... zu stellen.⁹

Auch über den Versuch, das Milliardengrab Eurofighter in Studienplätzen aufzuwiegen, berichtet die Zeitung. Die Maßstäbe aber zu setzen, was aufgebaut ist und was notwendig, das ist Politik. Der Eurofighter ist dabei nur ein schönes, anschauliches Beispiel, ein Pappkamerad. Fazit: Der Streik war keine unpolitische, regierungskonforme Straßenparty, keine Love Parade (taz 12.12.) im Winter. (Aber gerade die wird ja als „politische Demonstration“ angemeldet...)

Was tatsächlich fehlte, war eine „außenpolitische“ Dimension: Studierenden-Proteste in der Türkei und Indonesien, das Morden auf dem Balkan und in Kurdistan, Fernfahrerstreik in Frankreich – kaum ein Thema. Warum nicht?

⁹ Übers. d. Verf.

3. *gegen wen?*

Aus der Analyse, daß „Kohls Kinder“ (s.o.) nach Bonn gezogen seien, um Papa (!?) Kohl ihr Mißfallen auszudrücken, ergäbe sich das Bild eines klassischen Generationskonflikts. Doch gerade die ältere Generation wollte sich als Gegner nicht zur Verfügung stellen. So stelle sich heraus, daß die zornigen Kinder eigentlich gegen niemanden protestieren konnten: Solidaritätsbekundungen von allen Seiten! Von „Freunden“ umzingelt! Die BeobachterInnen konnten da nur ihrer „Verwunderung über eine merkwürdige Gemengelage“ (FR, 28.11.) Luft machen, – nicht ohne ein saftiges Maß an Zynismus der Mächtigen anzuprangern.

Tatsächlich war es von Anfang an ein bunter Protest: Gegen rot-grün in Hessen, gegen schwarz-gelb in Bonn – also gegen alle. Jedenfalls tragen alle etablierten Parteien ihr Päckchen an der Bildungsmissere mit. Doch es trat noch ein Überraschungsgegner auf: „Die 68er“, oder die, die sich dafür halten, fingen an, von damals zu reden, vermißten die „politische“ Ausrichtung bei den 97ern, das Rebellsche, die schönen Straßenschlachten. So stellt die Woche (5.12.) fest, die Protestierenden hätten die „Wahl zwischen Hohn“ (Kohls Solibekundungen) „und dem Sport der 68er“, die da mäkelten, das sei eben alles nichts Richtiges. Allerdings schmeckt der Sport der etablierten 68er nach der Bitterkeit der gescheiterten Revoluzzer (siehe FR 12.12.97 und 15.1.98). Denen wiederum springt die DUZ bei und wirft den von den 68malkungen genervten 97ern vor, sie fielen „in den Populismus der Politiker ein, übernehmen willfährig das konservative Feindbild“ (DUZ 23/97). Offenbar kann man also die 68er nicht kritisieren, ohne damit Kohls Kritik am 68er Fischer zu unterstützen... Die Neuen sind verächtlich. Selbst der Pragmatismus, den zum Beispiel der Stern (49/97) den 97ern nachsagt („Den Studenten geht es nicht um Weltverbesserung, sondern um bessere Studienbedingungen“), wird als „gänzlich ideologiefrei“ (DUZ) – aber raktisch klug gestaltet – kritisch beäugt. Selbst die FAZ holt ein Phantombild der protestierenden „Studenten von Adorno und Habermas“ hervor, um neben ihnen die 97er als ahnungslos, unkritisch, artig und lenkbar zu zeichnen. (FAZ, 2.12.)

Um die Ehrenrettung der 68er macht sich die taz besonders verdient. Nachdem sie auf ihrer Debattenseite (9.4.) Peter Gauweiler die 68er hatte niedermachen lassen (im Ernst, 9., nicht 1. April), durften in der Oster-taz fünf von ihnen zurückschlagen. Dirk Müller erklärt dort die „68er“ genauer: „Die, die Karriere gemacht haben, waren die Tribüneführer und Demonstrationsgewinnler. 68er und 68er war und ist nicht das gleiche. Die wichtigen waren 62er, 63er. 1968 links zu werden war einfach...“ Ein Grund mehr also, die Karrieristen unter die Lupe zu nehmen, ob sie nicht vielleicht „falsche“ 68er (nach Müller) sind. Bleibt festzuhalten: Die Tatsache, daß die heute 20-jährigen am Protest von vor 30 Jahren gemessen

werden, ist ein Anzeichen für eine dominante Rolle rückwärtsgewandter Vorstellungen im gesellschaftlichen Diskurs.

Die 97er werden aber auch aus einer Ecke angegriffen, die schon für die 68er nichts übrig hatte: Schmähungen als „Kinderladengeneration“, über die „Rückkehr der Schwärzer“ und die „Amateur der Revolution“ zitiert die FR (15.1.). So klingt die – wiederum populistische – Kritik an den Streikenden. Nicht PolitikerInnen, sondern eine Handvoll PublizistInnen schienen sich als Totalopposition zu deren Forderungen (Bildung für alle, ohne Einschränkungen, kostenfrei und selbstbestimmt...) zu verstehen. Interessant ist die Entwicklung der FAZ-Positionen zum „Streik“: Kurz nach dem Beginn der Proteste in Gießen sind die FAZ-Berichte ausführlich und detailliert. Sogar Stellungnahmen der Streikenden zum Auslöser des Protests („katastrophale Lernbedingungen“, 31.10.) und den Zielen (gegen die „Einführung von Elite-Universitäten“ und für eine „demokratische Universität in einer demokratischen Gesellschaft“, 6.11.) werden zitiert. Am 6.11. taucht sogar im Untertitel der Streik ohne Anführungszeichen auf; eine Woche später sind die Distanz-Gänsefüßchen allerdings zurück. Am 13.11. werden in dem Bericht über die Wiesbadener Demonstration noch die Parole gegen „Bildungsklausur und Sozialabbau“ und die Klage über die ungerechte Verteilung des Geldes in „einem der reichsten Länder der Welt“ zitiert. Doch schon die Begeleitartikel sprechen nur noch von Protest „gegen die Bildungspolitik der rot-grünen Landesregierung“ und stellen heraus: „CDU und FDP halten Proteste für mehr als berechtigt“. Der Kommentar vom 14.11. heißt „Endlich aufmüßig“, klingt gut, dort wird dann aber nur der Vorschlag von HRK¹⁰-Präsident Landfried präsentiert, einen „scharfen Numerus clausus einzuklagen“. Am 15.11. läßt die FAZ die CDU-Bildungspolitikerin Traudl Herhausen erklären, „was die Hochschulen brauchen“: Verringerung der Studierendenzahlen, Leistungskontrollen, Studiengebühren. Das wird, in geringen Variationen, am 17. und 21. wiederholt. Noch immer wird der Protest grundsätzlich befürwortet. Während der Streik sich aber anschiebt, über das rot-grüne Hessen hinauszugreifen und sich auch kritische Töne gegen die Bundesregierung nicht länger ignorieren lassen, ändert sich die sympathisierende Grundtendenz der Berichte und Kommentare: Am 20.11. schon sollen Streikparolen in Frankfurt „mehr Lachen als Beifall“ geweckt haben. Und in einem Kommentar am 21.11. streut Jan Klement gar einen Spätpilz in die Protestreihen: Viele hätten sich dem Vorlesungsboykott „nicht angeschlossen, weil sie fürchten, für politische Zwecke instrumentalisiert zu werden“. Das Nachdenken über eine Verringerung der Studierendenzahlen sei „bei den Studenten politisch nicht korrekt. Jedenfalls bei denen,

10 Hochschul-Rektoren-Konferenz, siehe Glossar

die zur Zeit den Ton angeben. Die anderen protestieren für bessere Studienbedingungen.“ (Geradezu schade, daß das Verdachtsmoment von Moskau ferngesteuert 1997 nicht mehr zur Verfügung steht.) Ein beachtlicher Spielzug findet sich in der Ausgabe vom 28.11.: Der Leitartikel auf Seite eins gibt unter dem Titel „Zehntausende Studenten demonstrieren in Bonn – Verbot von Studiengebühren verlangt“ eine Flanke ins Feuilleton, wo das Beharren auf einem gebührenfreien Studium, wie es die SPD und „begnadete Populisten“ unter den Studenten wollten, als tendenziell schwachsinig kommentiert wird. Als die Proteste nicht mehr als Zugel für den FAZ-Streitwagen gegen rot-grün raugen, wird kurzerhand das Ende des Streiks ausgerufen, z.B. am 2.12.: „Protestwelle ebbt langsam ab“ – noch lange bevor sie den Höhepunkt ihrer Ausdehnung erreichte: taz und FR titeln am gleichen Tag: „Studenten steigern Druck auf Politiker“ und „Studentenprotest nicht mehr brav“. Die FR beobachtet am 15.1., daß „von FAZ über Berliner Zeitung bis dpa nun die Proteste fast genüßvoll im Ordner mit der Aufschrift: „Geschneit“ abgelegt werden“. Tatsächlich, eine Reihe von Publikationen vertritt inhaltlich ausschließlich Contra-Positionen zu den Forderungen der Studierenden, bzw. kält Ideen wieder, die aus den Denkschriften der Think-Tanks¹¹ der neoliberalen Hochschulreform bekannt sind.¹² Diese Dogmen, etwa daß an Studiengebühren sowieso kein Weg vorbei führt, daß alles andere als die Hochschulreform unter der Maßgabe der Unternehmensberater das Werk „weltfremder Grübler“ sei, finden wir auch im Spiegel (49/97). Dort heißt es auch, lobend: „Wie ein kompromißlos auf Effizienz getrimmtes Hochschulsystem funktionieren kann, zeigt das Beispiel Holland... Die Dozenten haben ihre akademische Freiheit verloren, die in ein straffes Pensum eingebundenen Studenten kaum mehr Spielraum zur persönlichen Entfaltung. Das System ist hart, aber wirksam: Seit 1980 sank die mittlere Studiendauer von über sieben Jahren auf knapp fünf.“ Unabhängig von der konkreten Situation in Holland, die etwas komplexer sein dürfte als dort beschrieben, und ohne an dieser Stelle den Wert der akademischen Freiheit reflektieren zu wollen: Die so präsentierten „Fakten“, auch wenn sie noch so oft wiederholt werden und sich als Ergebnisse unvoreingenommener Recherche ausgeben, werden den Geruch gezielt lancierter „Experten“-Erkenntnisse nicht los. Die, die eine Hochschulreform noch solchen Maßgaben propagieren, sind keiner demokratischen Kontrolle un-

11 siehe Glossar; Beispiel →CHE

12 Wie zweifelhaft eins dieser hochgelobten Konzepte, das „ranking“ ist, läßt sich an einem kleinen Artikel im Stern (48/97) nachvollziehen. Dort wird berichtet, wie in Folge eines Focus-Uni-Tests ausgerechnet die als gut bewerteten Fachbereiche im folgenden Semester völlig überlaufen, also schlecht waren. „Quasi automatisch kehre sich das Testergebnis in sein genaues Gegenteil um.“ (mehr über Evaluation / ranking bei Münch / Renner in diesem Band)

terworfen. Ein kaum greifbares Interessentkarrill zieht hier die Fäden¹³ und bäckt aus Weltanschauung Wirklichkeit.

Wenn es um die Gegner der studentischen Forderungen nach Demokratisierung der Bildungseinrichtungen geht, darf jedoch eine Gruppe nicht unerwähnt bleiben: die ProfessorInnen. Sie haben sich, ob sie mal „68er“ waren oder nicht, mit der Misere abgefunden und genießen ihre Privilegien. Kaum einer rührt daran. Die taz konnte erst in Kanada den Soziologieprofessor Michael Bodemann finden, der „die Trägheit und Provinzialität der Hochschullehrer, ihr Festklammern an Feudalprivilegien“ als „eine Ursache der Bildungsmisere“ anprangert. (taz 2.12.) Er schließt, aus sicherem Abstand, daß wir „sie (diese Mentalität) nicht länger akzeptieren“ sollten. Vereinzelt Mutige gibt es aber auch hier: Der Berliner Politikwissenschafts-Professor Peter Grotzian schlägt eine Gehaltskürzung von 10% für Professoren und 5% für Vollzeit-Wissenschaftliche Mitarbeiter vor, um daraus studentische Tutorien zu finanzieren. Zur Durchsetzung solcher Forderungen ruft er auch noch die beamteten Hochschullehrer zum „ProfessorInnenstreik“ auf. (gwr 1/98).

Doch gegen solch lästerliches Ansinnen gibt es eine Bastion. Die FAZ vom 16.12. rettet: „Deutsche Professoren sind nicht faul – Internationaler Vergleich widerlegt Vorurteil“ titelt sie und droht, für den Fall eines Privilegienverlusts, mit Abwanderung aller qualifizierten Hochschullehrer nach Bayern.

4. wofür?

Die studentischen Forderungen sind seit langem die gleichen: Ausreichende Anzahl von Studienplätzen, gebührenfreie Lehre, saftiges BAföG, Gleichberechtigung von Frauen und ausländischen Studierenden. Noch viel älter sind die nach demokratischer Mitbestimmung. Das macht sie aber nicht schlechter und nimmt ihnen nichts von ihrer Aktualität. Es mag eine Menge Möglichkeiten geben, eine (Hoch-)Schule, die diese Grundsätze berücksichtigt, konkret auszugestalten. Die Bildungssituation, die dabei herauskommt, sollte sich auf jeden Fall einem Ziel verpflichtet fühlen, wie es der Pädagoge Hartmut v. Hentig formuliert: „Was braucht ein junger Mensch, um in dieser Welt frei, würdig, für andere nützlich zu bestehen?“ (taz, 29.4.98)

Die konkreten Ideen sind dünn gesät. Schuld daran ist sicher zum einen die politische Einöde der vergangenen 16 Jahre. Schuld ist aber auch das Erbe der

„68er“ (der „falschen“, im Zweifel), die die alten Begriffe verbraucht haben, ohne neue nachzupflanzen. Im neoliberalen Neusprech der Neunziger ist es nicht mehr möglich, über Chancengleichheit und herrschaftsfreien Diskurs zu sprechen, ohne „ewiggestrig“ genannt zu werden, unmöglich Selbstbestimmung und Sozialstraßen zu fordern, ohne als VerfächterIn längst gescheiterter Entwürfe belächelt zu werden. Es ist nun eine breite, engagiert geführte Auseinandersetzung nötig, um diese Ideen weiter zu entwickeln. Die an einer Reform des Bildungswesens im Sinne der Menschen interessiert sind, müssen einen ordentlichen Streit weiterführen, dessen Ergebnisse dann in konstruktive Bahnen gebracht werden können. Die Diskussionskultur im Streit kann die „Grundschule“ hierzu sein. Die „Kuscheltiere“ haben erste Zähne gezeigt. Die studentische Streikbewegung hat einen Erfolg gehabt: „Die Bildung, nicht nur die universitäre, ist auf die politische Bühne zurückgekehrt.“ (U. Fichtner, FR 15.1)

RALPH C. WILDNER war von 1995 – März '98 im ASStA der Universität Gießen für Hochschulpolitik und Öffentlichkeitsarbeit zuständig.

zitierte Zeitungen / Zeitschriften:

DUZ – Deutsche Universitäts – Zeitung
FAZ – Frankfurter Allgemeine Zeitung
FR – Frankfurter Rundschau
GA – Gießener Anzeiger
GAZ – Gießener Allgemeine Zeitung
gwr – graswurzelrevolution
Jungle World
LR – Linksruck
NZZ – Neue Zürcher Zeitung
Spiegel
Stern
SZ – Süddeutsche Zeitung
taz – die tageszeitung
Die Woche

als Übersicht empfehlenswert:

der Pressespiegel der Aktionsgruppe „neue Uni“ Heidelberg auf
<http://www.rzuser.uni-heidelberg.de/~lumnich/press/index.html>

13 Es bietet Stoff für eine eigene wissenschaftliche Arbeit, den Weg der ideologischen Parolen der diversen Verbände, Bünde und Think Tanks (eine Auswahl von ihnen wird im Glossar beschrieben; Peter Grotz als Einzelkämpfer fehlt dort) in die Medien und die Parlamente nachzuvollziehen.